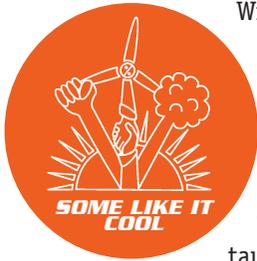


Attac goes Kopenhagen



Wir wollen ein starkes internationales Klimaabkommen, aber eines mit ganz anderen Inhalten. Eine andere Klimapolitik wird uns aber nicht von Merkel und Obama geschenkt, sondern kann nur Realität werden, wenn wir sie mit vielen tausenden Menschen im Dezember auf den Straßen von Kopenhagen und anderswo erstreiten.

Deshalb werden wir mit Bussen nach Kopenhagen fahren und uns vor Ort an Demonstrationen, Aktionen, einem Gegengipfel und dem vielfältigen Alternativprogramm beteiligen.

Dazu brauchen wir euch! Wir wollen zusammen mit möglichst vielen lokalen Attac-Gruppen und allen Verbündeten für die Proteste in Kopenhagen werben.

Wählt euch aus unseren Materialien das Passende für die Mobilisierung bei euch vor Ort aus:

- dieser Flyer
- eine Postkartenreihe zum Verteilen vor Ort
- ReferentInnen der EKU-AG zu Kopenhagen und anderen spannenden Themen einladen
- das „Pinguin-Kegelspiel“ zum Verschicken
- regelmäßig die wichtigsten Infos über unseren EKU-Newsletter (zum Eintragen siehe: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/eku-news>)

... weitere kreative Angebote sind in Arbeit und auch Eure Ideen sind willkommen!

Kommt zur Kopenhagen-Aktionskonferenz im September und zum Attac-Vorbereitungstreffen während des Herbstratschlags (s. Termine)!

Auch die Vorbereitungsgruppe der EKU-AG freut sich jederzeit über eure Mitarbeit. Schreibt uns eine Mail oder sprecht uns auf einer Veranstaltung direkt an.

Und los geht's!

Die Zeit für einen wirksamen Klimaschutz läuft ab. Wir müssen jetzt handeln – **Eine andere Energie- und Klimapolitik ist möglich!**

Termine & Kontakt

- Workshops zu Kopenhagen und Co. auf der Attac Sommerakademie
Wo? Wann? 4. bis 9. August in Karlsruhe
Infos? www.attac-netzwerk.de/ag-eku/termine/
- Bundesweite Anti-Atom-Demo in Berlin
Wann? 5. September 2009
Infos? www.ausgestrahlt.de
- Kopenhagen-Aktionskonferenz des Klimabewegungsnetzwerkes
Wann? Im September
Infos? <http://klima.blogspot.de/>
- Bundesweites Attac-Vorbereitungstreffen für Kopenhagen auf dem Herbstratschlag
Wann? 30. Oktober bis 1. November
Infos? www.attac-netzwerk.de/ag-eku/termine/
- Aktionen zum UN-Klimagipfel in Kopenhagen
Wann? 7.–18. Dezember 2009

Mitmachen? Interesse?

Wir mobilisieren zum Klimagipfel in Kopenhagen.
Kontakt: eku@attac.de

Alle wichtigen Informationen auf:
www.attac-netzwerk.de/ag-eku

attac goes Klimagipfel
Kopenhagen,
7.–18. Dezember 2009



Kopenhagen 2009:

**Für ein ganz
anderes Klima-
Abkommen!**



07.09.09 Vi.S.d.P.: Hendrick Sander, Seebachstraße 84, 28201 Bremen Grafik: Cinzia Fenoglio, attac Mannheim





In Kopenhagen werden auf dem UN-Klimagipfel vom 7.–18.12.2009 die Weichen dafür gestellt, wie in den nächsten Jahrzehnten mit der sozialen und ökologischen Katastrophe Klimawandel politisch umgegangen wird. Das dort zu erwartende „ein bisschen mehr und ein bisschen besser“ reicht aber bei weitem nicht aus, um den gesellschaftlichen Ursachen der globalen Erwärmung wirksam etwas entgegenzusetzen. Gerade die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt die Notwendigkeit eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels hin zu einer ökologischen und gerechten Welt. Zeit also sich einzumischen.

Nun dreht sich in der Klimadiplomatie alles um den Entwurf einer **Post-Kyoto-Vereinbarung**. Diese soll Ende Dezember in Kopenhagen unterzeichnet werden. Besondere Erwartungen sind an die Teilnahme der USA geknüpft. Um den Gipfel in Kopenhagen wird ein riesiges Theater veranstaltet, doch die Beschlüsse werden vermutlich den eingeschlagenen Kurs fortsetzen und vollkommen ungenügend sein.



Tatsächlich wird in den Nationalstaaten an einer weiteren Erhöhung der globalen Emissionen gearbeitet. Allein die vier großen Stromkonzerne wollen europaweit **mehr als 30 neue Kohlekraftwerke** bauen, in den USA sind 87 neue im Bau oder angekündigt. Der individuelle Autoverkehr soll künftig in großem Stil mit (Kohle-)Strom betrieben werden. Gleichzeitig setzen Industrie und Parteien die **Atomkraft** als angeblichen „Klimaretter“ wieder auf die Tagesordnung.

Wesentliche Fragen wie die **Nord-Süd-Gerechtigkeit** finden kaum Berücksichtigung. Die Industrieländer, die schon seit zwei Jahrhunderten mit der Verbrennung fossiler Ressourcen das Treibhaus anheizen, sind verantwortlich für unzählige **Klimatote und -flüchtlinge** im globalen Süden. Trotzdem sträuben sie sich hartnäckig, mit einem massiven Ressourcentransfer ihre **ökologische Schuld** zu begleichen und die Kosten von Anpassungsmaßnahmen zu tragen.

Stattdessen lassen sich Unternehmen mit dem sogenannten „Clean Development Mechanism“ und der „Joint Implementation“ kaum überprüfbare „Klimaschutzmaßnahmen“ anrechnen. Mit dieser Art „Klimaschutz“ wird Profit gemacht, aber keine Tonne Kohle weniger verbrannt. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird oft Exportförderung für westliche Konzerne betrieben.

Deshalb fordern wir:

Ein Klimaabkommen mit **ganz konkreten Maßnahmen!**

Die internationale Klimapolitik und der Post-Kyoto-Prozess

Galt die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls vielen als Meilenstein der internationalen Klimapolitik ist heute jedoch klar: Die Reduktionsziele der Industriestaaten sind weit davon entfernt, den Temperaturanstieg wirksam zu begrenzen.

Um die Reduktionsziele zu erreichen, setzt Kyoto auf marktbasierende Mechanismen. Bis heute hat der Handel mit Verschmutzungsrechten jedoch lediglich ein riesiges **Geschäftsfeld für Banken und Konzerne** eröffnet, nicht aber zu einem Rückgang der Emissionen geführt. Der Abbau fossiler Energieträger wird weiter gefördert. Der Verbrauch der Rohstoffe wird nur zeitlich gestreckt. Stattdessen erwarten wir Maßnahmen, die dazu führen, dass die fossilen Rohstoffe in der Erde bleiben.

Das heißt:

Globale Klimagerechtigkeit:

Die Verursacher müssen die Folgekosten des Klimawandels tragen. Überall muss ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Der Norden muss einen hunderte Milliarden schweren **Fonds für Anpassung, Technologiepartnerschaften und Klimaschutz** finanzieren. Flüchtlinge sind von den Industriestaaten aufzunehmen.

Ökologisch-soziales Wirtschaften vor Profite:

Wir brauchen eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft um eine konsequente Energiewende zu ermöglichen. Die Auflösung der Energiekonzerne kann auch als Vorbild für andere Branchen dienen. Die begonnenen Diskussionen um die **Konversion sozial und ökologisch schädlicher Industriebetriebe** müssen in konkreten Projekten umgesetzt werden.

Radikaler Wechsel in der Klimapolitik

- Ordnungspolitische Maßnahmen für einen wirksamen Klimaschutz (wie CO₂-Steuern)
- verpflichtende Einführung klimaschonender Technologien
- Fossile Ressourcen im Boden lassen
- 100% Erneuerbare Energie in 10 Jahren
- weltweites Verbot neuer fossiler Kraftwerke
- Die Milliardengewinne der Energiekonzerne für die Energiewende nutzen